
S 15 AL 254/99

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Bayern
Sozialgericht	Bayerisches Landessozialgericht
Sachgebiet	Arbeitslosenversicherung
Abteilung	10
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 15 AL 254/99
Datum	16.01.2001

2. Instanz

Aktenzeichen	L 10 AL 121/01
Datum	03.04.2003

3. Instanz

Datum	-
-------	---

- I. Auf die Berufung der Beklagten wird das Urteil des Sozialgerichts Nürnberg vom 16.01.2001 aufgehoben und die Klage abgewiesen.
II. Außergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Streitig ist die Gewährung von Arbeitslosengeld (Alg) ab 01.12.1998 an die Klägerin.

Die am 1945 geborene Klägerin war vom 01.08.1961 bis zum 31.10.1998 als Sparkassenangestellte bei den V. W. beschäftigt. Für die Zeit vom 01.04.1993 bis 31.10.1998 erhielt sie wegen Sonderurlaubs kein Arbeitsentgelt. Der Sonderurlaub war der Klägerin zu einer ab 01.04.1993 mehr als 14 Stunden pro Woche umfassenden Pflegetätigkeit für eine am 12.11.1998 verstorbene Angehörige gewährt worden. Für April 1993 erhielt sie von ihrem Arbeitgeber ein Entgelt in Höhe von 1546,30 DM. Darin war ein Betrag für Urlaubsabgeltung in Höhe von 1.249,65 DM enthalten. Ab 01.05.1993 wurde die Klägerin als arbeitslosenversicherungsfreie Mitarbeiterin im Rahmen eines

Geringverdienerverhältnisses bei ihrem Arbeitgeber gefÃ¼hrt. Das ArbeitsverhÃ¼ltnis endete zum 31.10.1998 durch Aufhebungsvertrag. Die maÃgebliche KÃ¼ndigungsfrist betrug sechs Monate zum Ende eines Vierteljahres. Wegen der Beendigung des ArbeitsverhÃ¼ltnisses erhielt die KlÃ¤gerin eine Abfindung in HÃ¶he von 40.000,00 DM.

Am 01.12.1998 meldete sich die KlÃ¤gerin arbeitslos und beantragte Alg. Bereits mit Schreiben vom 24.09.1998 hatte die KlÃ¤gerin unter Schilderung des Sachverhalts um Unterlagen bzw Auskunft zum Bezug von Alg nach Beendigung bzw Abbruch der Pflege gebeten. Die Anfrage war von der Beklagten mit Schreiben vom 30.11.1998 beantwortet worden.

Mit Bescheid vom 16.12.1998 lehnte die Beklagte die GewÃ¤hrung von Alg ab. Die KlÃ¤gerin habe innerhalb der Rahmenfrist vom 01.12.1995 bis 30.11.1998 nicht mindestens 12 Monate in einem VersicherungspflichtverhÃ¼ltnis gestanden. Anspruch auf Arbeitslosenhilfe (Alhi) habe sie ebenfalls nicht, sie habe innerhalb der Vorfrist von einem Jahr vor dem 01.12.1998 weder Alg bezogen noch mindestens fÃ¼nf Monate in einem VersicherungspflichtverhÃ¼ltnis gestanden.

Mit ihrem Widerspruch brachte die KlÃ¤gerin vor, bei der Ermittlung der Rahmenfrist sei die Pfl egetÃ¤tigkeit nicht berÃ¼cksichtigt worden. Die Beklagte wies den Widerspruch mit der BegrÃ¼ndung zurÃ¼ck, in der wegen der Pfl egetÃ¤tigkeit nach rÃ¼ckwÃ¤rts verlÃ¤ngerten Rahmenfrist vom 18.04.1992 bis 30.11.1998 habe die KlÃ¤gerin nur vom 18.04.1992 bis 31.03.1993 eine versicherungspflichtige BeschÃ¤ftigung von 348 Kalendertagen ausgeÃ¼bt, so dass die Anwartschaftszeit nicht erfÃ¼llt sei (Widerspruchsbescheid vom 25.02.1999).

Dagegen hat die KlÃ¤gerin Klage zum Sozialgericht NÃ¼rnberg (SG) erhoben und beantragt, die Beklagte unter Aufhebung des Bescheides vom 16.12.1998 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 25.02.1999 zu verurteilen, ihr ab 01.12.1998 Alg nach den gesetzlichen Bestimmungen zu gewÃ¤hren. Sie hat vorgetragen, ihr BeschÃ¤ftigungsverhÃ¼ltnis habe Ã¼ber den 01.04.1993 hinaus bestanden, da gem [Ã§ 24 Abs 3 Nr 2](#) Drittes Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) das Ende des VersicherungspflichtverhÃ¼ltnisses nicht im Beginn des Sonderurlaubs zum 01.04.1993, sondern erst mit Ablauf 30.04.1993 gesehen werden kÃ¶nne. FÃ¼r den Zeitraum ab 01.04.1993 seien von ihr auch SozialversicherungsbeitrÃ¤ge geleistet worden. Im Ã¼brigen habe sie nach dem Tod der zu pflegenden Person unter Fortzahlung des Pflegegeldes und der RentenversicherungsbeitrÃ¤ge vom 13.11.1998 bis 30.11.1998 den der Pflegeperson zustehenden jÃ¤hrlichen Urlaub genommen. Auch sei ein sozialrechtlicher Herstellungsanspruch in Betracht zu ziehen. Sie habe es wegen unrichtiger Auskunft der Beklagten versÃ¼mt, rechtzeitig einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Mit Urteil vom 16.01.2001 hat das SG die Beklagte unter Aufhebung des Bescheides vom 16.12.1998 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 25.02.1999 verurteilt, der KlÃ¤gerin ab 01.12.1998 dem Grunde nach Alg zu gewÃ¤hren. Die KlÃ¤gerin habe in der Rahmenfrist vom 18.04.1992 bis 30.11.1998 eine versicherungspflichtige BeschÃ¤ftigung von mehr als 360 Kalendertagen

ausgeübt und damit die Anwartschaftszeit erfüllt. Dies ergebe sich jedenfalls aus der vorliegend anwendbaren Bestimmung des [Â§ 24 Abs 3 Nr 2 SGB III](#) in der bis 31.12.1998 geltenden Fassung. Im Übrigen stehe der Klägerin Alg unter Anwendung des sozialrechtlichen Herstellungsanspruches zu, weil die Klägerin bei ordnungsgemäßer Beratung anlässlich der Anfrage vom September 1998 spätestens nach dem Tod der Angehörigen am 12.11.1998 Alg beantragt hätte.

Gegen dieses Urteil hat die Beklagte Berufung zum Bayer. Landessozialgericht eingelegt und zur Begründung vorgetragen: Die Rahmenfrist umfasse die Zeit vom 18.04.1992 bis 30.11.1998. Dabei seien Pflegezeiten, die vor dem 01.04.1995 geleistet worden wären, nicht zu berücksichtigen, weil weder Hilfe zur Pflege nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) noch eine gleichartige Leistung auf Grund anderer Vorschriften an die zu pflegende Person gewährt worden sei. In der Rahmenfrist habe die Klägerin lediglich vom 18.04.1992 bis 31.03.1993 (348 Tage) in einem Versicherungspflichtverhältnis gestanden. Für April 1993 bestehe Versicherungspflicht nach der hier anzuwendenden Regelung des Â§ 104 Abs 1 Satz 3 Arbeitsförderungs-gesetz (AFG) nicht, da die Klägerin mehr als vier Wochen beurlaubt gewesen sei. [Â§ 24 Abs 3 Nr 2 SGB III](#) in der vom 01.01.1998 bis 31.12.1998 geltenden Fassung sei auf diesen Zeitraum nicht anzuwenden. Ein sozialrechtlicher Herstellungsanspruch scheitere an der fehlenden persönlichen Arbeitslosmeldung.

Die Beklagte beantragt, das Urteil des Sozialgerichts Nürnberg vom 16.01.2001 aufzuheben und die Klage abzuweisen.

Die Klägerin beantragt, die Berufung zurückzuweisen.

Die Beigeladene beantragt, nach Lage der Akten zu entscheiden.

Zur Ergänzung des Sachverhalts wird auf die Verwaltungsakten der Beklagten sowie auf die Gerichtsakten erster und zweiter Instanz Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Die Berufung der Beklagten ist zulässig ([Â§§ 143, 144, 151](#) Sozialgerichtsgesetz -SGG-) und begründet, denn das SG hat die Beklagte zu Unrecht zur Gewährung von Alg an die Klägerin verurteilt.

Gem [Â§ 117 Abs 1 SGB III](#) haben Anspruch auf Alg Arbeitnehmer, die ua die Anwartschaftszeit erfüllt haben (Nr 3). Diese hat erfüllt, wer in der Rahmenfrist mindestens 12 Monate in einem Versicherungspflichtverhältnis gestanden hat ([Â§ 123 Abs 1 Satz 1 Nr 1 SGB III](#)). Die Rahmenfrist beträgt drei Jahre; sie beginnt mit dem Tag vor der Erfüllung aller sonstigen Voraussetzungen für den Anspruch auf Alg ([Â§ 124 Abs 1 SGB III](#)). In die Rahmenfrist werden nicht eingerechnet Zeiten, in denen der Arbeitslose als Pflegeperson einer der Pflegestufe I bis III im Sinne des Elften Buches zugeordneten Angehörigen, der Leistungen aus der sozialen oder eine privaten Pflegeversicherung nach dem Elften Buch oder Hilfe zur Pflege nach dem BSHG oder gleichartige Leistungen nach anderen Vorschriften bezieht,

wenigstens 14 Stunden wöchentlich gepflegt hat ([Â§ 124 Abs 3 Satz 1 Nr 1 SGB III](#)).

Unter Beachtung dieser gesetzlichen Regelung umfasst die Rahmenfrist vorliegend den bereits vom SG zutreffend ermittelten Zeitraum vom 18.04.1992 bis 30.11.1998. Die gem [Â§ 124 Abs 1 SGB III](#) zunÃchst anzunehmende Rahmenfrist (01.12.1995 bis 30.11.1998) verlÃngert sich nÃmlich um die 1.078 Tage umfassende Pflegezeit vom 01.12.1995 bis 12.11.1998 (Rahmenfrist demnach 18.12.1992 bis 30.11.1998) sowie um weitere 244 Tage Pflegezeit vom 01.04.1995 bis 30.11.1995 (Beginn der Rahmenfrist: 18.04.1992).

Vor dem 01.04.1995 hat die KlÃgerin keine zu berÃcksichtigenden Pflegezeiten aufzuweisen. In Betracht kÃmen nach der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts grundsÃtzlich auch Pflegezeiten fÃr die Hilfe zur Pflege nach dem BSHG oder gleichartige Leistungen auf Grund anderer Vorschriften (zB [Â§ 53 ff FÃnftes Buch Sozialgesetzbuch -SGB V](#)) gewÃhrt wurden ([BSGE 87, 262](#)). Nach den Angaben der KlÃgerin wurden aber entsprechende Leistungen nicht bezogen. Da die KlÃgerin somit in der Rahmenfrist vom 18.4.1992 bis 30.11.1998 nur 348 Tage, nÃmlich vom 18.04.1992 bis 31.03.1993 in einem VersicherungspflichtverhÃltnis gestanden hat, kann sie die zur ErfÃllung der Anwartschaft nach [Â§ 123 Abs 1 Nr 1 SGB III](#) erforderlichen 12 Monate (360 Tage, [Â§ 339 S. 2 SGB III](#)) nicht aufweisen. Das ab 01.05.1993 ausgeÃbte GeringverdienerverhÃltnis bei dem bisherigen Arbeitgeber dient nicht der ErfÃllung der Anwartschaftszeit ([Â§ 169 a AFG](#)).

Es liegt auch fÃr April 1993 keine mehr als kurzzeitige und damit versicherungspflichtige BeschÃftigung vor, durch die die Anwartschaftszeit erfÃllt wÃrde. Nach [Â§ 169 a Abs 1 Satz 1, 102 Abs 1 AFG](#) in der damals geltenden Fassung ist eine BeschÃftigung kurzzeitig, die auf weniger als 18 Stunden wÃchentlich der Natur der Sache nach beschrÃnkt zu sein pflegt oder im Voraus durch einen Arbeitsvertrag beschrÃnkt ist. Aus der HÃhe des Entgeltes selbst kann auf keine mehr als kurzzeitige BeschÃftigung geschlossen werden; auf die HÃhe des Entgeltes wird in [Â§ 102 AFG](#) nicht abgestellt und [Â§ 169 a Abs 2 AFG](#) verweist nicht auf [Â§ 8 Abs 1 Nr 1](#) Viertes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IV). Aus dem â ohne Urlaubsabgeltung â damals gezahlten Entgelt ist auf eine BeschÃftigung von mindestens 18 Stunden wÃchentlich nicht zu schließen. Eine mehr als kurzfristige TÃtigkeit damals ist von der KlÃgerin auch nicht behauptet worden.

Ãber die von ihr nachgewiesenen 348 Tage hinaus kann â entgegen der Auffassung des SG â Versicherungspflicht fÃr den Monat April 1993 zudem weder in Anwendung des [Â§ 24 Abs 3 Nr 2 SGB III](#) in der vom 01.01.1998 bis 31.12.1998 geltenden Fassung noch unter Heranziehung des [Â§ 104 Abs 1 Satz 2 Nr 1 AFG](#) anerkannt werden. Nach der Rechtsprechung des BSG richtet sich die Frage, ob die Anwartschaftszeit erfÃllt ist, nach dem Beitragsrecht, das in der Zeit galt, in der die BeschÃftigung zurÃckgelegt wurde. Die Beitragspflicht zur Beklagten ist daher bis zum 30.04.1993 nach den damals anzuwendenden Vorschriften zu beurteilen (BSG Beschluss vom 18.05.2000 â [B 11 AL 11/00 B](#) â verÃffentlicht

im Juris). Nach [Â§ 104 Abs 1 Satz 2 Nr 1 AFG](#) in der bis 31.12.1993 gÄ¼ltigen Fassung dienten jedoch Zeiten einer BeschÄ¼ftigung, fÄ¼r die kein Arbeitsentgelt gezahlt wurde, nicht der ErfÄ¼llung der Anwartschaft. Satz 2 Nr 1 galt allerdings nicht fÄ¼r Zeiten, die jeweils vier Wochen nicht Ä¼berschritten ([Â§ 104 Abs 1 Satz 3 AFG](#)). In diesen FÄ¼llen rechneten die ZeitrÄ¼ume von weniger als vier Wochen aus GrÄ¼nden der Verwaltungsvereinfachung bei der ErfÄ¼llung der Anwartschaftszeit mit. Wurde â wie vorliegend â der Vierwochenzeitraum Ä¼berschritten (die KlÄ¼gerin war mehr als vier Wochen beurlaubt), entfiel fÄ¼r die gesamte Zeit die AnwartschaftsbegrÄ¼ndung (Brand in Niesel, AFG, 2.Aufl, Â§ 104 RdNr 11). Dies galt ebenso bei Anwendung des [Â§ 24 Abs 3 Nr 2 SGB III](#) in der o.g. Fassung (Monatsfrist; vgl Brand in Niesel, SGB III, 1. Aufl, Â§ 24 RdNr 11). Ob die Dauer dieses Zeitraumes, fÄ¼r den kein Arbeitsentgelt gezahlt wird, von vorneherein absehbar war, spielt dabei keine Rolle.

Auch die Zeit vom 13.11.1998 bis 30.11.1998 ist nicht zu berÄ¼cksichtigen. Wie bereits das SG zutreffend ausgefÄ¼hrt hat, enthÄ¼lt [Â§ 37 Abs 2 Satz 2 SGB XI](#) in der ab 01.08.1999 geltenden Fassung lediglich einen bloÄ¼en, zuvor nicht gesetzlich vorgesehenen RÄ¼ckforderungsverzicht (vgl hierzu Udsching, SGB XI, 2. Aufl, Â§ 37 RdNr 9).

Etwas anderes ergibt sich auch nicht nach In-Kraft-Treten des SGB III am 01.01.1998. Die Ä¼bergangsvorschrift des [Â§ 425 SGB III](#) stellt nÄ¼mlich lediglich sicher, dass Zeiten, in denen Beitragspflicht nach dem AFG bestand, beitragsrechtlich wie Zeiten eines VersicherungspflichtverhÄ¼ltnisses zu behandeln sind ([BT-Drs. 13/4941](#) S.226). Die ab 01.05.1993 ausgeÄ¼bte beitragsfreie BeschÄ¼ftigung der KlÄ¼gerin bei ihrem frÄ¼heren Arbeitgeber hat auf die Anwartschaftszeit keine Auswirkung.

Ein sozialrechtlicher Herstellungsanspruch scheidet bereits deshalb aus, weil sich die KlÄ¼gerin vor dem 01.12.1998 nicht persÄ¼nlich beim zustÄ¼ndigen Arbeitsamt arbeitslos gemeldet hat. Diese fehlende persÄ¼nliche Arbeitslosmeldung kann aber im Wege des sozialrechtlichen Herstellungsanspruches nicht ersetzt werden (vgl [BSGE 60, 43](#), BSG in [SozR 1300 Â§ 28 Nr 1](#); Brand in Niesel, SGB III 2.Aufl, Â§ 122 RdNr 5).

Aus den genannten GrÄ¼nden ist daher das angefochtene Urteil aufzuheben und die Klage abzuweisen.

Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§ 193 SGG](#).

GrÄ¼nde, die Revision nach [Â§ 160 Abs 1 Nrn 1 und 2 SGG](#) zuzulassen, liegen nicht vor.

Erstellt am: 14.08.2003

Zuletzt verändert am: 22.12.2024